Nummer 317

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe · Preis 10 Pfennig. 76. Jahrgang. Freitag, 11. Juli 1930

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse sowie ausführliche Berichte über die internationalen Börsen, der Handel mit dem Osten und viele tabellarische Übersichten / Flugsport und Luftverkehr, Am Steuer des Kraftwagens, Der deutsche Beamte, Reise- und Bäder-Beilage, „Kunst Welt Wissen" mit Roman

Für Manuskripte keine Verantwortung | Unverlangt keine Manuskripte einsende

Verantwortl. Leiter handelsteil: Walther Funk, Politischer Teil: i. V.: Arnold Seglin, Kunst und Wissenschaft: Hans Köppen, Lokales und Sport: Gerhart Reinhar Interessenteil: i. V.: A. Lorey, sämtlich in Berlin. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung Druckerei und Verlag Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37
Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten

Fernsprecher: Für den Handel Zentrum 2469 u. 2489, für Politik, Kunst und Lokales Zentrum 2449, für die Expedition Zentrum 2487 und für die Druckerei Zentrum 2488

Anzeigenpreis: Die 12 gespalt. Zeile 1,20 Rmk., Stellungsuchende 0,50 Rmk., Reklamezeile 5 Rmk. Bezugspreis: Monatl. 6 Rmk. ohne Bestellgeld einschl. Rmk. 0,96 Postzeitungsgebühr (§ 8 U. St. G.) Die Zeitung erscheint i. d. Woche zwölfmal. Bestellungen nehmen Zeitungsspediteure, unsere Geschäftsstelle u. alle Postanstalten des Deutschen Reiches entgegen. Auslandsbezug: Durch Streifband od. Postanweisung. Postanweisungen sind zulässig nach Belgien, Dänemark, Estland, Frankreich, Italien, Lettland, Niederlande, Oesterreich u. Ungarn. Der Bezugspreis beträgt im III. Quartal 1930 für Amerika 7,50 $, Frankreich 155 frcs., Lettland 18 Belga, Schweiz 40 Belga, Schweiz 40 schweiz. Franken, Holland 16 holl. Gulden, Dänemark 22 dän. Kronen, Schweden 27 schwed. Kronen, Norwegen 28 norweg. Kronen, England 30 Schilling, Italien 120 Lire, Rumänien 1200 rumänische Lei, Spanien 50 span. Pesetas, Tschechoslowakei 250 tschechische Kronen, Brasilien 60 Milreis, Argentinien 18 Pesos, Jugoslawien 400 Dinare, Oesterreich 38 Schillinge, Litauen 70 Litas, Lettland 30 Lat, Finnland 300 finnische Mark, Estland 22 estnische Kronen, Polen 30 Goldmark, Ungarn 25,50 Goldmark, U. d. S. S. R. 30 Goldmark

Telegramm-Adresse: „Börsenkrone" | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Postscheck-Konto: Berlin Nr. 26412

Wechselnde Mehrheiten?

Noch keine Einigung mit Demokraten und Bayern. — Die Haltung der Sozialdemokraten und Deutschnationalen.

Obersohren bei Brüning.

Auch der gestrige Tag hat noch keine vollständige Einigung der Regierungsparteien über die geplanten Ergänzungen des Deckungsprogramms (Bürgerabgabe und Einschränkung der Arbeitslosenversicherungsdarlehenspflicht) gebracht. Im Gegenteil ist in der Haltung der Demokraten eine merkliche Versteifung eingetreten. Der demokratische Parteivorstand hielt gestern nachmittag eine Sitzung ab, in der sich alle Redner unter der Anführung des preußischen Finanzministers Höpker-Aschoff in bemerkenswert scharfer Weise gegen die Bürgerabgabe und gegen die Möglichkeit einer Anwendung des Artikels 48 aussprachen. Der Vertreter der demokratischen Fraktion im Steuerausschuß, Abgeordneter Fischer, kennzeichnete die Stellungnahme der Fraktion zum Deckungsprogramm wie folgt: „Die Fraktion lehnt ab die Regierungsvorlage zusammen mit der Bürgerabgabe; die Fraktion lehnt ab die Regierungsvorlage ohne Bürgerabgabe; die Fraktion ist unter Umständen bereit, die Regierungsvorlage anzunehmen, wenn sie mit einer Schankverzehrsteuer und einer zufgedüren Bürgerabgabe verbunden ist".

Auch in der Haltung der Bayerischen Volkspartei, die bekanntlich gleichfalls die Bürgerabgabe ablehnt, hat sich gestern nichts geändert. Verschiedene Besprechungen, die der Reichskanzler im Laufe des Mittags und Nachmittags mit den Fraktionsführern der Bayerischen Volkspartei und der Demokraten hatte, blieben ergebnislos. Trotzdem hofft man in Regierungskreisen noch immer, daß die Demokraten schließlich einlenken werden. Jedenfalls besteht die Absicht, die Initiativanträge, in welche die Ergänzungen zum Deckungsprogramm niedergelegt werden sollen, heute von den dazu bereiten Regierungsparteien, Zentrum, Deutsche Volkspartei, Wirtschaftspartei und Christlich-Nationale, unterschreiben zu lassen und dann die weitere Entwicklung im Steuerausschuß abzuwarten. Anscheinend trägt sich das Kabinett mit der Hoffnung, das gesamte Programm mit den neuen Ergänzungen mit wechselnden Mehrheiten sowohl im Ausschuß, wie auch später im Plenum zur Annahme bringen zu können, und zwar rechnet die Regierung offenbar damit, daß einerseits die Sozialdemokraten, wie gestern im Steuerausschuß beim Notopfer, so auch weiterhin bei den anderen Punkten des eigentlichen Programms (Einkommensteuerzuschlag, Ledigensteuer, usw.) Stimmenthaltung üben, andererseits die Deutschnationalen den Ergänzungen, die, wie die Bürgerabgabe, ja auch tatsächlich alten deutschnationalen Forderungen entsprechen, ihre Unterstützung nicht versagen würden.

Es steht jedoch unseres Ermessens sehr dahin, ob sich die Regierung dabei nicht einer Selbsttäuschung hingibt. Die Haltung der Sozialdemokraten in der Donnerstagsitzung des Steuerausschusses läßt, wie wir schon gestern betonten, noch keinerlei sichere Rückschlüsse auf ihr späteres Verhalten bei den entscheidenden Plenarabstimmungen zu. Es ist sehr leicht möglich, daß sich die Sozialdemokratie vorläufig während der Ausschußberatungen nur scheinbar Reserve auferlegt, um dann in der großen Plenarschlacht durch einen Ueberraschungscoup das gesamte Programm zu Fall zu bringen. Darauf deutet auch ein Bericht über die gestrige Abendsitzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hin, in dem nicht nur der „schärfste Widerstand gegen die Bürgerabgabe, die Aufhebung der Darlehnspflicht und die Verschlechterung der Leistungen in der Arbeitslosen- und Krankenversicherung" angekündigt, sondern darüber hinaus auch noch drohend erklärt wird, daß diese Maßnahmen „für die Stellung der Fraktion zum Gesamtprogramm von entscheidender Bedeutung" sein würden.

Auch die Annahme, daß man die Unterstützung der deutschnationalen Fraktion für die Ergänzungsvorschläge so ohne weiteres als sicheren Faktor in die Mehrheitsberechnungen einstellen könne, entbehrt u. E. vorläufig noch der realen Grundlagen. Es hat zwar gestern abend eine Unterredung zwischen dem Reichskanzler Dr. Brüning und dem Fraktionsführer der Deutschnationalen Volkspartei, Dr. Obersohren, stattgefunden, die aber nach offiziösen Kommentaren lediglich der Unterrichtung der deutschnationalen Fraktion über den Stand der Deckungsverhandlungen und nicht — wie es sich eigentlich aus der Zwang der Umstände hätte ergeben sollen — einer Erörterung der Modalitäten gedient hat, unter denen die deutschnationale Fraktion gegebenenfalls für die Unterstützung des Regierungsprogramms zu gewinnen sein würde. Im übrigen stellt sich, wie wir erfahren, die deutschnationale Reichstagsfraktion auf den Standpunkt, daß sie solange keine Veranlassung habe, sich zu den Ergänzungsvorschlägen bzw. zu dem ergänzten Deckungsprogramm zu äußern, ehe nicht eine vollständige Einigung der Regierungsparteien einschließlich der Bayern und der Demokraten vorliege.

Ständige Rubrik: Polnische Luftspionage!

TU **Frankfurt** (Oder), 10. Juli.

Am Sonntag überflog, wie erst jetzt bekannt wird, ein polnisches Militärflugzeug das Wartebruch bis zu dem Orte Gurkow, von wo es der Linie des neuerbauten Randkanals folgte. Gurkow liegt etwa 30 Kilometer von der Reichsgrenze entfernt. Die Bevölkerung ist über den neuen Fall von Flugspionage außerordentlich erregt.

Endgültig: 162 Tote in Neurode.

Keine Hoffnung mehr, noch Ueberlebende zu retten.

Hausdorf, 10. Juli.

Die Rettungsarbeiten auf dem Kurt-Schacht sind am Nachmittag wieder etwas in Fluß gekommen. Unter Führung von Bergrat Werne fuhren fünf neue Hilfsmannschaften ein. Es gelang, eine Wettertür zu öffnen und fünf Tote, die dahinter lagen, zu bergen. Gegen 17 Uhr konnten weitere sechs Mann geborgen werden. Amtlich wird jetzt mitgeteilt, daß zur Belegschaft nicht 193, sondern 211 Leute zählten, von denen bisher 92 Tote geborgen und 70 noch eingeschlossen sind.

Nach stundenlangen Bemühungen gelang es, die Lüftung im Kurt-Schacht etwas zu bessern. Zwei Trupps Rettungsmannschaften drangen so weit vor, daß sie Tote erkennen konnten. Die Arbeiten mit den Sauerstoffapparaten waren aber so anstrengend, daß die Kräfte zur Bergung nicht ausreichten; die Rettungsmannschaften mußten daher unverrichteter Sache wieder zurückkehren. Da auch anzunehmen ist, daß verschiedene Tote unter den eingestürzten Stollen liegen, ist noch nicht abzusehen, wann deren Bergung möglich sein wird.

Die noch nicht geborgenen Bergleute sind mit einer starken fast 1½ Meter hohen Kohlenstaubschicht bedeckt. Die Bergungsarbeiten schritten deshalb bisher so langsam vorwärts, weil das Kohlenstreb, in dem sich der größte Teil der noch eingeschlossenen Bergleute befindet, 300 Meter unter dem Erdboden liegt und die Stelle an der der Haupteinbruch erfolgte, 1000 Meter von dem Eingang des Schachtes entfernt ist.

Nachmittags fuhr einer der 49 geretteten Bergleute, Franke, der nur leicht verletzt war, mit in den Unglücksschacht ein, um vielleicht an Ort und Stelle näheres über das Unglück sagen zu können. Er hielt aber diese Nervenprobe nicht aus, erlitt einen Nervenschock und mußte von zwei Sanitätern von der Stätte des Grauens fortgeführt werden. Im Knappschaftslazarett in Neurode bemühen sich sechs Aerzte und zahlreiche Pfleger und Pflegerinnen um die Verunglückten. Einige der Geretteten sind bereits vernehmungsfähig, können aber nichts wesentlich Neues über die Katastrophe berichten.

Die Staatsanwaltschaft hat inzwischen die Leichen freigegeben. Sonnabend um 9 Uhr soll im Zechenhause Mölke eine Trauerfeier stattfinden. Die Leichen sollen dann in der Nacht zum Sonntag auf den neuen katholischen Friedhof in Hausdorf überführt und dort am Sonntag in Massengräbern beigesetzt werden.

*

Wie bereits der Reichspräsident, so haben auch der Reichskanzler, der Reichsarbeitsminister und für das Reichswirtschaftsministerium Staatssekretär Trendelenburg, ferner der preußische und der sächsische Ministerpräsident der Grubenverwaltung und dem Betriebsrat des von dem schweren Unglück betroffenen schlesischen Bergwerks ihre herzliche Anteilnahme ausgesprochen. Die preußische Regierung hat für die Hinterbliebenen der Verunglückten 100 000 Mark bereitgestellt. Im Reichstag hat gestern eine Trauerkundgebung stattgefunden, über die wir an anderer Stelle berichten, desgleichen im sächsischen und im bayerischen Landtag. Die Regierungsparteien haben im Reichstag folgenden Antrag eingebracht:

„Angesichts der Bergwerkskatastrophe auf der Wenzeslaus-Grube bei Hausdorf richten wir an die Reichsregierung das Ersuchen: 1. mit größter Beschleunigung die Ursache des Unglücks festzustellen, 2. alle geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, um Katastrophen dieser Art zu verhindern, 3. für eine ausreichende Unterstützung der Hinterbliebenen Sorge zu tragen."

Auch die deutschnationale Reichstagsfraktion hat die Reichsregierung um baldige Hilfe ersucht.

Tumult in der Kammer.

Paris, 10. Juli.

Der Beginn der heutigen Nachmittagssitzung der Kammer gab erneut zu heftigen Zwischenfällen und schweren Angriffen gegen die Regierung Tardieu Anlaß. Die Ursache war die vom Budgetminister Martin beantragte Verabschiedung des Gesetzes über die Einkommensteuer, eine Vorlage, die alljährlich kurz vor der Verlesung des Schlußgesetzes beraten wird. Der Sozialistenführer **Leon Blum** schloß daraus, daß Tardieu beabsichtige, jetzt schon und ohne die wichtigsten Vorlagen des nationalen Wirtschaftsprogramms, den Kredit für die nationale Verteidigung, das Petroleumgesetz und die Kolonialanleihen zu verabschieden, das Parlament in die Ferien zu schicken gedenke. Die Regierung zeige plötzlich einen Schwächeanfall, der anscheinend durch die letzten für sie wenig günstigen Abstimmungsergebnisse hervorgerufen sei. **Tardieu** erwiderte, die Regierung schicke die Kammer in die Ferien, wann es ihr passe. Die Verfassung gebe Leon Blum das Recht, die Vertagung der Beratung zu fordern. Als Leon Blum, unterstützt von Herriot, den Vertagungsantrag einbrachte, stellte Tardieu die Vertrauensfrage und erhielt mit 335 gegen 259 Stimmen eine Mehrheit von 66 Stimmen. Die Kammer hat damit ihren Entschluß bekundet, möglichst bald und ohne vorherige Regierungskrise in die Ferien zu gehen.

Als sich vor der Abstimmung der Abgeordnete François-Albert dem Antrag Blums im Namen der radikalen Partei anschloß und nochmals auf die Petroleumdebatte vom Dienstag zurückkam, ereignete sich ein Zwischenfall, der bald turbulentige Formen annahm. Der Abgeordnete Gonnet von der Radikalen Linken rief in diesem Zusammenhang „Leon Blum", ein Name, der sich wie ein Lauffeuer über alle Bänke des Hauses verbreitete. Es handelte sich um eine deutliche Anspielung auf die von einem Rechtsblatt veröffentlichte, von Leon Blum sofort aufs energischste dementierte Verdächtigung, wonach der Sozialistenführer als Rechtsberater in eine große französische Petroleumfirma eingetreten sei und daher aus eigenen persönlichen Motiven heraus das Petroleumgesetz abgelehnt habe. Leon Blum sprang sichtlich erregt auf, um von dem Abgeordneten Gonnet eine Erklärung zu verlangen. Dieser entzog sich durch einige Ausflüchte diesem Verlangen. Da die Aufregung Leon Blums sich auf das Haus übertrug, war der Präsident gezwungen, die Sitzung zu unterbrechen. Nach Wiederaufnahme wurde durch eine beruhigende Erklärung Herriots, der sich zum Anwalt Blums machte, und durch eine Entschuldigung Gonnets der Zwischenfall beigelegt.

Reichsrat gegen Amnestie!

Der preußische Einspruchs-Antrag angenommen.

Der Reichsrat hat in seiner gestrigen Sitzung auf Antrag der Preußischen Regierung beschlossen, gegen das kürzlich vom Reichstag angenommene Amnestiegesetz Einspruch zu erheben. Für den Einspruch wurden 28 Stimmen, dagegen 38 Stimmen abgegeben; normalerweise wäre also der preußische Antrag abgelehnt worden. Die preußische Regierung hatte jedoch vorher einen Auslegungsbeschluß des Reichsrates dahin herbeigeführt, daß bei verfassungsändernden Gesetzen schon eine Stimme über ein Drittel der Stimmen des Reichsrats zur Erhebung des Einspruches genügt. Infolgedessen wurde der preußische Einspruchsantrag für gültig erklärt.

Es ist aber zu hoffen, daß der Anschlag der preußischen Regierung gegen die Amnestie sich nur als ein Augenblickserfolg erweist und daß der Reichstag, der sich in den nächsten Tagen mit dem Reichsrats-Einspruch beschäftigen muß, durch einen neuen mit Zweidrittelmehrheit gefaßten Beschluß das Amnestiegesetz nochmals bestätigt und den Einspruch des Reichsrates verwirft. Die Sozialdemokraten werden zwar versuchen, die Kommunisten zur Stimmenabgabe gegen die Amnestie zu veranlassen. Da die Kommunisten aber selbst an der Amnestie interessiert sind, dürften die sozialdemokratischen Versuche kaum von Erfolg begleitet sein. Bestätigt der Reichstag nochmals das Amnestiegesetz, so hat der Reichsrat nach Artikel 76 der Verfassung noch die theoretische Möglichkeit, binnen zwei Wochen die Ausschreibung eines Volksentscheides zu beantragen, und der Reichspräsident darf dann das Gesetz nicht verkünden. Bisher hat aber der Reichsrat von dieser Möglichkeit niemals Gebrauch gemacht, und es ist um so weniger wahrscheinlich, daß er es diesmal tun wird, da zu einem Volksentscheid fordernden Beschluß dann nicht etwa nur ein Drittel, sondern mehr als die Hälfte der Reichsratsstimmen notwendig sein würde, worüber aber die preußische Regierung und ihr Anhang nicht verfügen.

(Bericht über die gestrige Reichsratssitzung im Inneren des Blattes.)

Enttäuschung im Rheinlande

über die Amnestieverzögerung.

Aus dem Rheinlande wird uns geschrieben:

Die Nachricht über den preußischen Einspruch gegen das Amnestiegesetz aus Anlaß der Rheinlandräumung hat in weitesten Kreisen des Rheinlandes bitterste Enttäuschung hervorgerufen. Denn dieser Einspruch, von dem die öffentliche Meinung im Rheinlande erwartet, daß der Reichstag ihn umgehend zurückweisen wird, bedeutet immerhin eine Verzögerung der Amnestie und damit eine Verzögerung der Befriedung, die wir hier in den ehemals besetzten Gebieten so dringend gebrauchen.

Zweck und Sinn dieser Amnestie war ja doch, unter die unruhigen Kampfjahre der Besatzungszeit von 1918 bis 1924, besonders unter den Ruhrkampf den berechtigten Schlußstrich zu ziehen. Es wurde als eine Ungerechtigkeit empfunden, daß die Separatisten in den uns aufgezwungenen Amnestien von London und Dem Haag im weitesten Maße Amnestieschutz genossen, die Männer und Jünglinge aber, die in der Notzeit der Jahre 1918—1924 im Kampf für Staat und Recht Verräter gelöst hatten, bislang von jeder Amnestie ausgeschlossen waren.

Die Erregung über die Separatisten, die sich in der Pfalz, in Mainz und Trier in Akten der Volksjustiz Luft gemacht hat, dürfte doch den amtlichen Regierungsstellen die Gefahr deutlich gezeigt haben. Eine Verzögerung der Amnestie und Diskussion der Amnestiefrage ist geeignet, diese Gefahr, die auch eine außenpolitische Gefahr ist, erheblich zu verschärfen. Man möge auch endlich bedenken: Die Freude über die Befreiung des Rheinlandes und das Bewußtsein, daß die Amnestie sicher beschlossen werden würde, hat dahin geführt, daß in zahlreichen Veröffentlichungen der letzten Tage die Vorgänge von Speyer, Pirmasens, Hanhofen, dem Siebengebirge usw. unter Namensnennung der Beteiligten frei geschildert worden sind. Es ist nicht auszudenken, wohin es führen sollte, wenn die Amnestie noch weiter verzögert und sich gar das Ausland einmischen würde. Mit großer Genugtuung haben wir im Rheinlande vernommen, daß die Reichsregierung unter Brüning, Bredt, Treviranus und Wirth sich so stark für die Rheinlandamnestie einsetzte. Voll Befriedigung vernahmen wir, daß alle Parteien des Reichstags bis auf die parteipolitisch gebundene Sozialdemokratie sich für die Befriedungsamnestie eingesetzt hatten. Befreit atmeten Hunderte, ja Tausende von Pfälzern und Rheinländern auf, daß nun endlich ihre Rechtslage geklärt würde.

Nun soll sie also wieder in Zweifel gesetzt werden? **Die Haltung der preußischen Regierung ist uns um so unverständlicher, als Preußen bei dem Amnestiegesetz von 1928 erklärt hatte, daß es mit Rücksicht auf die auch damals vorhanden gewesene Zweidrittelmehrheit im Reichstag von einem Einspruch im Reichsrat absehen wolle.** Warum denn also heute der Einspruch? Man kann sich des Gefühls nicht erwehren, daß dies nur deshalb geschieht, um dem Kabinett Brüning Schwierigkeiten zu bereiten. Vom Reichstag erwarten wir, daß er noch vor den Ferien den Einspruch mit Zweidrittelmehrheit zurückweisen wird. Das Rheinland hat in schwerer Notzeit treu zum Reich, aber auch zum Staat Preußen gestanden. Es dürfte wohl erwarten, daß der Staat Preußen den berechtigten Wünschen des Rheinlandes auf Erlaß einer wahren Befriedungsamnestie aus Anlaß der Rheinlandräumung Rechnung getragen hätte. Wie die Stimmung in der Pfalz ist, beweist z. B. ein Artikel des „Landauer Anzeigers", worin dieser zum Erlaß des Amnestiegesetzes unter der Ueberschrift „Endlich!" Stellung nimmt. Darin heißt es:

„Ohne diese Amnestie, die den deutschen Kämpfern an Rhein und Ruhr endlich die Rechtssicherheit gibt, die die Regierung auf die erpreßten Amnestien von London